

Berichterstatter

Emil BOC (RO/EVP), Bürgermeister von Cluj-Napoca

Stellungnahme des Europäischen Ausschusses der Regionen – Abwanderung von Hochqualifizierten in der EU: Bewältigung der Herausforderung auf allen Ebenen

I. POLITISCHE EMPFEHLUNGEN

DER EUROPÄISCHE AUSSCHUSS DER REGIONEN

1. hebt hervor, dass die Freizügigkeit der Bürger und Arbeitnehmer das Fundament des Binnenmarktes bildet und zu den in den Verträgen der Europäischen Union anerkannten Grundfreiheiten zählt. Die Bürger und Arbeitnehmer müssen sich in der EU frei bewegen können; sie sollten jedoch nur aus freien Stücken von der Freizügigkeit Gebrauch machen, und nicht weil u. a. schlechte wirtschaftliche Aussichten sie dazu zwingen, ihre Region zu verlassen;
2. weist darauf hin, dass die Herausforderung darin besteht, in rechtlicher und politischer Hinsicht Ausgewogenheit zwischen zwei wesentlichen Grundsätzen der Europäischen Union zu erreichen: der Freizügigkeit der Arbeitnehmer und wirtschaftlicher und sozialer Konvergenz zwischen den Regionen;
3. stellt fest, dass das Phänomen der Abwanderung von Hochqualifizierten („Braindrain“) in der Europäischen Union viele Facetten aufweist, und fordert eine pragmatische Reaktion der Politik sowohl seitens der Union als auch seitens der Mitgliedstaaten. Diese Reaktion sollte alle Aspekte des Braindrains (z. B. die Zuwanderung von Hochqualifizierten („Brain Gain“), Bildungsvergeudung („Brain Waste“), den freien Wissensverkehr („Brain Circulation“), Remigration) sowie die verschiedenen, aber häufig miteinander verknüpften Ebenen berücksichtigen, auf denen Maßnahmen und Lösungen benötigt werden – lokal, regional, national und supranational (EU);
4. ist der Ansicht, dass die Entscheidungsträger auf allen Ebenen bei den vorgeschlagenen Lösungen anerkennen und berücksichtigen müssen, dass der Braindrain nicht nur ein technisches Problem ist, das eine administrative oder politische Reaktion erfordert, sondern auch einen politischen Aspekt hat. Wenn nichts gegen den Braindrain unternommen wird, wird er die Zukunft der Europäischen Union langfristig und dauerhaft beeinflussen und kann den territorialen Zusammenhalt beeinträchtigen;
5. weist darauf hin, dass die Abwanderung von Hochqualifizierten unmittelbar auf die bestehenden sozialen und wirtschaftlichen Ungleichgewichte zwischen den Regionen der EU zurückzuführen ist. In empirischen Studien¹²³ wurden verschiedene Push- und Pull-Faktoren ermittelt. Die Zielregionen verfügen dabei über einen attraktiveren Arbeitsmarkt und vielfältigere Beschäftigungsmöglichkeiten sowie über eine insgesamt bessere Lebensqualität, während sich die Lage in den Ausgangsregionen genau umgekehrt darstellt. Nicht nur deshalb sollten im

¹ Europäischer Ausschuss der Regionen, 2018, [Abwanderung hochqualifizierter Kräfte: die lokale und regionale Dimension](#).

² Europäische Kommission, Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration, Direktion D – Arbeitskräftemobilität, [Jahresbericht 2018 über die Mobilität der Arbeitskräfte](#).

³ Atoyan, R., Christiansen, L., Dizlioli, A., Ebeke, C., Ilahi, N., Ilyina, A., Mehrez, G., Qu, H., Raei, F., Rhee, A. und Zakharova, D., [Emigration and Its Economic Impact on Eastern Europe](#), Internes Diskussionspapier des IWF, Juli 2016.

künftigen MFR die kohäsionspolitischen Mittel gezielt in die Verringerung der Unterschiede zwischen den Ausgangs- und Zielregionen fließen;

6. hält es für erforderlich, die Kohäsionspolitik, mit der dieses Ungleichgewicht ausgeglichen und eine noch ausgewogenere Entwicklung in der gesamten EU gefördert werden soll, eng mit Abhilfemaßnahmen zur Vermeidung der Abwanderung von Hochqualifizierten zu verflechten. Zwei Kernziele der Strategie Europa 2020, nämlich die Erhöhung der Beschäftigungsquote und eine bessere soziale Inklusion, wirken sich unmittelbar auf die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen aus, die wiederum eine Eindämmung der Abwanderung von Hochqualifizierten ermöglichen. Weitere Ziele der Strategie Europa 2020, wie etwa Innovation und die Erhöhung der Zahl der Personen mit tertiärem Bildungsabschluss, könnten potenziell die Zuwanderung bzw. Remigration von Hochqualifizierten bewirken, indem Talente angezogen und gefördert werden;
7. macht darauf aufmerksam, dass der Braindrain und seine Folgen in der EU im Kontext der Multi-Level-Governance (MLG) gesehen und bewertet werden müssen. Ob die Besonderheiten der MLG in diesem Politikbereich ein Hindernis oder eine Chance darstellen, wird maßgeblich davon abhängen, wie die EU und ihre Institutionen ihre Rolle als Mittler und Koordinatoren bei der Gestaltung und Verbreitung der Politik wahrnehmen;
8. weist darauf hin, dass die Abwanderung von Hochqualifizierten aufgrund ihrer weitreichenden und schwerwiegenden Folgen zwar häufig als nationales oder supranationales politisches Problem angesehen wird, ihr jedoch erfolgreich auf subnationaler Ebene entgegengewirkt werden kann. Den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften kommt hierbei große Bedeutung zu, da sich bei ihnen die Folgen des Braindrains unmittelbar bemerkbar machen: Der Verlust junger und gut ausgebildeter Arbeitskräfte ist eine enorme Herausforderung für die lokalen Gemeinschaften in der gesamten Union;
9. merkt an, dass sich die Ebene der lokalen Gebietskörperschaften in den Mitgliedstaaten am besten für die Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen zur Eindämmung der Abwanderung von Hochqualifizierten eignet. Lokale Gemeinschaften sind Systeme mit relativ klaren Grenzen, was die Problemanalyse und die Konzipierung maßgeschneiderter Lösungen erleichtert. Darüber hinaus können lokale Gebietskörperschaften den Erfolg von Maßnahmen auf der lokalen Ebene leichter überwachen und bewerten;
10. macht darauf aufmerksam, dass es bei der Gestaltung der Politik auf Unionsebene von Vorteil wäre, die Erfahrungen und Kapazitäten dieser subnationalen Gebietskörperschaften hinzuzuziehen;
11. ist der Ansicht, dass die lokalen Gebietskörperschaften mit ihren unmittelbaren Erfahrungen mit der Bewältigung des Braindrains Erfolgsrezepte und bewährte Verfahren beisteuern könnten, die bei der Entwicklung einer kohärenten Politik auf EU-Ebene hilfreich wären. Die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften können über eine allgemeine und abstrakte Definition politischer Fragestellungen hinausgehen und konkrete und wirksame Lösungen anbieten. Sie müssen die Anstrengungen und Initiativen besser verstehen, die über ihre Verwaltungsgrenzen

hinaus ergriffen werden, um der Abwanderung von Hochqualifizierten entgegenzuwirken, und sich an der regionalen und interregionalen Zusammenarbeit beteiligen;

12. weist darauf hin, dass sich die Probleme der Ausgangs- und der Zielregionen voneinander unterscheiden, weswegen diese entsprechend behandelt werden müssen. Diese Unterscheidung ist wichtig, weil mit Maßnahmen auf supranationaler Ebene Lösungen angestrebt werden sollten, die allen zugutekommen oder zumindest verhindern, dass sowohl die Ausgangs- als auch die Zielregionen verlieren (Wissensvergeudung („Brain Waste“));
13. macht auf die Gefahr aufmerksam, die von der Abwanderung von Hochqualifizierten für die langfristige Tragfähigkeit des europäischen Projekts ausgeht. Die Ausgangsregionen befinden sich in einer Zwickmühle: Sie benötigen Konvergenz (um die Kluft zu den Zielregionen zu überbrücken), verlieren aber ihre qualifizierten Arbeitskräfte. Langfristig dürfte jeder Wandel oder Übergang zu einem nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Wirtschaftsmodell, das auf der wissensbasierten Wirtschaft und Produkten mit hohem Mehrwert basiert, in einem Szenario, in dem sich die Unterschiede zwischen den Ausgangs- und Zielregionen verschärfen, nur sehr schwer zu erreichen sein. Wenn nichts unternommen wird, werden die Ungleichheiten weiter zunehmen und einen Teufelskreis des „Zerfalls“ in Gang setzen. Dem Wettbewerbsindex des Weltwirtschaftsforums zufolge zählen die östlichen und südlichen EU-Mitgliedstaaten derzeit zu den Ländern der Welt, denen es am wenigsten gelingt, ihre Talente zu halten;
14. weist darauf hin, dass die EU-Organe Mechanismen zum Abbau der Ungleichheiten eingeführt haben. Diese Ansätze waren jedoch nur begrenzt wirksam. Aufgrund der Zunahme des Braindrains und angesichts seiner geografischen und wirtschaftlichen Dimension sind Initiativen bzw. Anstrengungen anderer Art erforderlich, die unmittelbar an den Push-Faktoren ansetzen und sich aus der spezifischen Wachstumsentwicklung der Ausgangsregionen ergeben, die diese Regionen für Hochqualifizierte nicht attraktiv genug macht;
15. macht darauf aufmerksam, dass die Kluft zwischen Bildung und Arbeitsmarkt eines der Probleme im Zusammenhang mit der Abwanderung von Hochqualifizierten ist. Verbesserungen im Bildungsbereich können zweifellos zur Abfederung der negativen Folgen des Braindrains beitragen. Die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften sollten ebenso wie die nationalen und europäischen Behörden diesen Zusammenhang stärker berücksichtigen. Außerdem müssen die Bildungssysteme der variablen Dynamik des Arbeitsmarktes und seiner größeren Vielfalt Rechnung tragen, um eine Rendite auf die Investitionen in das Humankapital eines Landes oder einer Region zu ermöglichen, das durch die Abwanderung verloren geht;
16. verweist auf ein Phänomen, das aufmerksam beobachtet werden muss, nämlich das Problem der Kinder, die von ihren Eltern im Heimatland zurückgelassen werden, weil diese im Ausland bessere Arbeit suchen. Dieses Problem ist unmittelbar mit der Abwanderung von Hochqualifizierten verknüpft und hat langfristige Konsequenzen;
17. weist auf die Bedeutung von Programmen wie Erasmus+ und ESF+ hin, um EU-weit und nicht nur in bestimmten regionalen Zentren Talenten Studien- und Berufsmöglichkeiten sowie Möglichkeiten für internationale Vernetzung und Partnerschaften zu bieten und die praktische Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte zu unterstützen. Die Unterstützung der

neuen Kommission für die Aufstockung der Mittel für das Programm Erasmus+ ist ein Schritt in die richtige Richtung;

18. ist der Auffassung, dass es zur Lösung des Problems der Abwanderung von Hochqualifizierten auf Führungsstärke und die Abstimmung der verschiedenen Bemühungen im Rahmen der einzelstaatlichen Rechtssysteme ankommt. Dabei geht es vor allem darum, konkrete Möglichkeiten für den Aufbau von Kooperationsnetzen zu finden, dem politischen Diskurs der Populisten zu widersprechen und die europäische Integration zu stärken. Weitere Maßnahmen auf Ebene der Mitgliedstaaten und der Europäischen Union sollten sich auf die Koordinierung und Unterstützung der Bemühungen auf der subnationalen Ebene konzentrieren, wobei ein Konsens darüber angestrebt werden sollte, wie der Braindrain analysiert und angegangen werden sollte, damit letztlich alle Beteiligten profitieren;
19. betont, dass hinsichtlich der Abwanderung von Hochqualifizierten verschiedene wichtige strategische Fragen geklärt werden müssen, damit die Entscheidungsträger unnötige Doppelarbeit bei staatlichen Maßnahmen vermeiden können. Bei der Strategieplanung muss darauf geachtet werden, dass die Maßnahmen etwas Sichtbares bewirken und Strategien unterstützt werden, die in konkretes Handeln münden;
20. empfiehlt, verschiedene Arten von Reaktionen für jeden Teilaspekt des Braindrains – Zuwanderung von Hochqualifizierten („Brain Gain“), Wissensvergeudung („Brain Waste“), freier Wissensverkehr („Brain Circulation“) und Remigration – zu ermitteln und umzusetzen. Für jeden dieser Bereiche sind unterschiedliche, spezifische Lösungen erforderlich. Pauschallösungen müssen unbedingt vermieden werden. Ohne maßgeschneiderte Lösungen könnten zu weit gefasste und abstrakte Aussagen/Ziele aufgestellt werden, die nur schwer praktisch umsetzbar sind;
21. begrüßt, dass einige Regionen und Städte bereits auf kreative Lösungen zur Anwerbung von Talenten setzen. Diese Maßnahmen reichen von Unterstützung beim Umzug von Talenten in diese Regionen/Städte bis hin zu komplexeren Maßnahmen, die den Aufbau transnationaler Netzwerke von Unternehmen umfassen. Die EU muss Programme oder Initiativen fördern, die europäische lokale und regionale Gebietskörperschaften (LRG) dabei unterstützen, voneinander zu lernen;
22. ist der Auffassung, dass den lokalen und regionalen Akteuren eine Schlüsselrolle bei der Bewältigung des Braindrains zukommt und die Anwerbung und das Halten von hochqualifizierten Arbeitskräften durch den Einsatz der Instrumente der integrierten territorialen Entwicklung der Kohäsionspolitik sichergestellt werden kann;
23. schlägt vor, dass die LRG in Zusammenarbeit mit den nationalen und europäischen Behörden Strategien und Instrumente zur Förderung unternehmerischer Initiative vor Ort, selbstständiger Erwerbstätigkeit und alternativer Geschäftsmodelle unterstützen, mit denen die Attraktivität der Ausgangsregionen gesteigert wird;

24. empfiehlt den LRG, auf der Grundlage einer realistischen Bedarfseinschätzung die Verbindung zwischen den spezifischen Vorteilen ihrer Region und den erforderlichen Talenten und Maßnahmen herzustellen;
25. regt an, dass die LRG *lokale Bündnisse* schließen, an denen alle Interessenträger (Behörden, Unternehmen, Universitäten und Hochschulen, NGO usw.) beteiligt sind und die lokale Maßnahmen gestalten und durchführen können, die zu einer Eindämmung des Braindrains beitragen. Regelmäßige Treffen der wichtigsten Interessenträger sollten unterstützt und organisiert werden. Die Treffen sollten als Forum genutzt werden, um lokale kontextspezifische Lösungen zu erörtern und zu planen, die sich an Erfolgsgeschichten anderer Orte/Regionen orientieren;
26. weist auf die mögliche Bedeutung strenger strategischer Planungsvorgaben auf der lokalen und regionalen Ebene für die Abstimmung der Mobilität von Humanressourcen mit mittel- und langfristigen Entwicklungsplänen sowie auf das Erfordernis einer soliden Grundlage für die Zusammenarbeit mit anderen regionalen, nationalen und europäischen Behörden hin;
27. würde sich mehr Wissen über die Gründe und Hindernisse wünschen, die einer Rückkehr derjenigen, die ausgewandert sind, an ihren Herkunftsort im Wege stehen. Außerdem sollte näher erforscht werden, wie die Behörden an der Beseitigung dieser Hindernisse mitwirken könnten. Dies könnte eine Wende bewirken, indem der Braindrain in einen freien Wissensverkehr oder sogar eine Remigration umgewandelt wird;
28. empfiehlt, die Maßnahmen auf subnationaler Ebene unter Wahrung des Subsidiaritätsprinzips in die Maßnahmen der Mitgliedstaaten und der Union zu integrieren und sie aufeinander abzustimmen. Die Abstimmung der auf verschiedenen Ebenen unternommenen Anstrengungen ist ausschlaggebend für den Erfolg der EU-Politik. Strategien und Programme sollten entwickelt werden, um die Maßnahmen der LRG auf der einen und jene der Mitgliedstaaten und der Union auf der anderen Seite aufeinander abzustimmen und die Koordinierung zu erleichtern. Dies gilt für alle Bereiche, die in die Abwanderung von Hochqualifizierten hineinspielen (Bildung, Kohäsion, regionale Entwicklung, Digitalisierung usw.). Auf EU-Ebene muss ein Mechanismus eingeführt werden, der speziell darauf ausgerichtet ist, die Integration und die Koordinierung der Maßnahmen zur Eindämmung des Braindrains zu fördern;
29. ist der Ansicht, dass sich die LRG des Ausmaßes des Phänomens bewusst sein müssen und die Besonderheiten jedes Gebiets, das von der Abwanderung von Hochqualifizierten betroffen ist, einer realistischen und ernsthaften Einschätzung unterziehen müssen. Wirksame Lösungen können nur auf der Grundlage einer evidenzbasierten Entscheidungsfindung und Politikgestaltung gefunden werden. Eine realistische Einschätzung des Phänomens des Braindrains auf regionaler Ebene kann Behörden, die vor ähnlichen oder hiermit verbundenen Problemen stehen, dabei helfen, aus Konkurrenten Partner werden zu lassen. Außerdem könnte so die Koordinierung der laufenden Bemühungen zwischen allen Akteuren sowie auch der vorhandenen Ressourcen verbessert werden;
30. meint, dass zügige Verfahren zur Anerkennung von Abschlüssen und Qualifikationen/Kompetenzen viel zur Verringerung der Wissensvergeudung beitragen könnten.

In diesem Zusammenhang können und müssen auf der Grundlage verschiedener EU-Initiativen – einschließlich der kommenden, mit einer digitalen Signatur versehenen Europass-Befähigungsnachweise – Abschlusszeugnisse und Urkunden digitalisiert und Datenbanken verknüpft werden; begrüßt darüber hinaus die Initiative der Europäischen Kommission für einen europäischen Bildungsraum, in dem das Lernen, Studieren und Forschen ab 2025 nicht mehr durch Grenzen behindert würde; weist zugleich darauf hin, dass Mechanismen zur Förderung des freien Wissensverkehrs und der Remigration eingeführt werden müssen;

31. empfiehlt der Europäischen Kommission, ihre Bemühungen zur Verringerung der regionalen Unterschiede, die eine der Hauptursachen für die Abwanderung von Hochqualifizierten sind, zu intensivieren. Hierbei spielt der Kohäsionsfonds eine entscheidende Rolle, indem er jene europäischen Regionen und Gebiete unterstützt, die unter solchen Ungleichheiten leiden. Maßgeschneiderte Strategien und Instrumente, mit denen diese Ungleichheiten zwischen Ost- und Südeuropa und den westlichen Ländern sowie zwischen Regionen in den Mitgliedstaaten direkt angegangen werden, sind maßgeblich für die Beseitigung einer der Hauptursachen des Braindrain. Das politische Bekenntnis der Kommission⁴ zu einem gerechten Mindestlohn ist vor allem für die Ausgangsregionen sehr wichtig, da hiermit auf die Frage des Lebensstandards und der Arbeitsbedingungen eingegangen würde und unmittelbarer Einfluss auf die Lebensqualität genommen werden könnte. Die EU-Kohäsionspolitik 2021–2027 sollte als langfristige Investitionspolitik für alle Regionen angelegt sein. Sie sollte im Wesentlichen auf die Überwindung der wirtschaftlichen, sozialen und regionalen Disparitäten ausgerichtet sein und im Einklang mit dem Partnerschaftsprinzip und einem ortsbezogenen Ansatz stehen. Die Kohäsionspolitik sollte besser auf die anderen EU-Politiken abgestimmt werden, damit gleiche Wettbewerbsbedingungen herrschen. Die vertikale Koordinierung der verschiedenen Finanzierungsquellen auf EU-Ebene sollte bei der Verwaltung der Programme der Kohäsionspolitik nach 2020 verbessert werden, um kurz- bis mittelfristig eine stärkere Kohärenz der Agenden der verschiedenen Verwaltungs- und Planungsebenen zu gewährleisten⁵;
32. rät, realistische Maßnahmen auf lokaler und regionaler Ebene zu konzipieren und umzusetzen, um gut ausgebildete Arbeitskräfte anzuwerben, zu halten und zurückzuholen. Ein wichtiges strategisches Konzept ist die Lebensqualität. Wie bereits erwähnt, trägt die Verbesserung der Lebensqualität äußerst wirkungsvoll dazu bei, gut ausgebildete Arbeitskräfte anzuwerben und zu halten. Es ist ratsam und wünschenswert, die Lebensqualität regelmäßig und strukturiert zu messen, damit die LRG wertvolle Informationen über Gebiete an die Hand bekommen, wo etwas unternommen werden müsste;
33. empfiehlt den lokalen, regionalen, nationalen und europäischen Behörden, sich auf funktionale Ansätze zu konzentrieren, um die Remigration zu fördern und Arbeitskräfte anzuwerben⁶. Dazu zählen der Aufbau einer wissensbasierten Wirtschaft, die Steigerung der Attraktivität von Regionen, die Entwicklung von Diaspora-Strategien und die Umsetzung eines funktionalen Ansatzes in der städtischen Governance;

⁴ Ursula von der Leyen, Eine Union, die mehr erreichen will: Meine Agenda für Europa, S. 9.

⁵ ESPON, 2019, *Addressing Labour Migration Challenges in Europe*, S. 18.

⁶ Ebenda, S. 17.

34. empfiehlt den lokalen, regionalen, nationalen und europäischen Behörden ferner, der Beseitigung struktureller Faktoren, die den Braindrain verschärfen (Infrastruktur/Autobahnen, Qualität der Dienste, Zugang zu Technologie usw.), besondere Aufmerksamkeit zu widmen;
35. unterstreicht, dass ein integrierter europäischer Ansatz in Bezug auf den Braindrain auf der Grundlage einer realistischen Einschätzung, von Zusammenarbeit und Koordinierung auf lokaler/regionaler, nationaler und Unionsebene entwickelt werden muss. Daneben werden koordinierte Maßnahmen auf verschiedenen Ebenen in Bereichen gebraucht, die für die Abwanderung von Hochqualifizierten relevant sind, wie Bildung, Digitalisierung, Kohäsion und Wirtschaftspolitik;
36. hält es für wichtig, dass die LRG die Bedeutung der Universitäten und Hochschulen sowie von Berufsbildungsanbietern für die lokale Entwicklung in der wissensbasierten Wirtschaft begreifen. Die Behörden müssen Partnerschaften mit Universitäten und Hochschulen eingehen und sich im Klaren darüber sein, dass Universitäten und Hochschulen auch durch Investitionen in die lokale Infrastruktur unterstützt werden müssen. Zwischen den strategischen Zielen der Universitäten und Hochschulen und jenen der Behörden muss größtmögliche Übereinstimmung angestrebt werden;
37. weist darauf hin, dass Partnerschaften zwischen privaten Unternehmen (die an FuE interessiert sind), lokalen Gebietskörperschaften und Universitäten und Hochschulen Wachstum und Entwicklung auf lokaler Ebene sehr gut fördern können, was in das Ziel der aktuellen Kommission aufgenommen werden sollte, kleinen Unternehmen große Innovationen durch eine Strategie für KMU zu erleichtern;
38. ist besorgt über die Gefahr einer Zunahme der Ungleichheiten zwischen den Städten und Regionen, die stark vom aufgestockten Rahmenprogramm für Forschung und Innovation profitieren, und weist eindringlich auf den unzureichenden Charakter der Maßnahmen hin, die zur Verringerung der Unterschiede zwischen den Regionen sowie zur Bewältigung des demografischen Wandels und zur Förderung des Zugangs aller zum Programm Horizont Europa ergriffen wurden⁷;
39. hält positive Auswirkungen der digitalen Vernetzung und der intelligenten Spezialisierung auf den Braindrain für durchaus möglich. Regionale Strategien für eine intelligente Entwicklung und Spezialisierung können sich auf den in einer Region bestehenden oder geschaffenen Wettbewerbsvorteil konzentrieren. Die digitale Anbindung und die Entwicklung digitaler Kompetenzen sollten wesentliche Elemente der Bemühungen der neuen Kommission zur Aktualisierung des Aktionsplans für digitale Bildung sein;
40. weist darauf hin, dass die lokalen Gebietskörperschaften zahlreiche Maßnahmen konzipieren und umsetzen können, um die individuelle Resilienz von Gemeinschaften zu stärken und auszuweiten, insbesondere bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten wie Arbeitslosigkeit. Individuelle Resilienz sowie die Fähigkeit zur Anpassung und Bewältigung von

⁷ COR-2018-03891.

Schwierigkeiten können durch z.B. im Rahmen der europäischen Agenda für Kompetenzen geförderte Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen, Maßnahmen zur Förderung von unternehmerischer Initiative und kleinen Unternehmen, Bildungs- und Gemeinschaftsprogramme für Studierende und junge Menschen, deren Eltern im Ausland arbeiten, usw. gefördert werden;

41. empfiehlt der Europäischen Kommission, die Bemühungen lokaler und regionaler Gebietskörperschaften zur Eindämmung des Braindrains in enger Zusammenarbeit mit dem Europäischen Ausschuss der Regionen, dem Europäischen Parlament und dem EU-Ministerrat aktiv zu unterstützen. Die Union ist eine komplexe politische und administrative Einheit, daher müssen im Zusammenhang mit dem Braindrain ihre Zuständigkeiten und Fähigkeiten sorgfältig analysiert werden. In der Debatte über die Rolle der Union wird es sowohl um die Abgrenzung ihrer Zuständigkeiten als auch um die Ermittlung der besten auf EU-Ebene verfügbaren Instrumente gehen müssen;
42. ist der Auffassung, dass die Rückkehr eines Arbeitnehmers oder einer Arbeitnehmerin in sein oder ihr Herkunftsland nach einem Auslandsaufenthalt als Vorteil für das Qualifikationsprofil angesehen werden sollte, weswegen dies bei einem entsprechenden Auswahlverfahren für Arbeitgeber erkennbar sein sollte.

Brüssel, den 12. Februar 2020

Der Präsident
des Europäischen Ausschusses der Regionen

Apostolos Tzitzikostas

Der Generalsekretär
des Europäischen Ausschusses der Regionen

Petr Blížkovský

II. VERFAHREN

Titel	Abwanderung von Hochqualifizierten in der EU: Bewältigung der Herausforderung auf allen Ebenen
Referenzdokument(e)	—
Rechtsgrundlage	Artikel 304 AEUV
Geschäftsordnungsgrundlage	Initiativstellungnahme (Artikel 41 Buchstabe b Ziffer ii GO)
Befassung durch den Rat/das EP/ Schreiben der Kommission	—
Beschluss des Präsidiums/Präsidenten	25. Juni 2019
Zuständige Fachkommission	Fachkommission für Sozialpolitik, Bildung, Beschäftigung, Forschung und Kultur (SEDEC)
Berichterstatter	Emil BOC (RO/EVP)
Analysevermerk	August 2019
Prüfung in der Fachkommission	27. November 2019
Annahme in der Fachkommission	27. November 2019
Ergebnis der Abstimmung in der Fachkommission (mehrheitlich/einstimmig angenommen)	einstimmig angenommen
Verabschiedung im Plenum	12. Februar 2020
Frühere Stellungnahmen des AdR	Ausbau des Unterrichts der MINT- (und Kunst-)Fächer in der EU ⁸ Erasmus ⁹ Ein stärkeres Europa aufbauen: Die Rolle der Jugend-, Bildungs- und Kulturpolitik ¹⁰ Stärkung der europäischen Identität durch Bildung und Kultur ¹¹ Modernisierung der Schul- und Hochschulbildung ¹² Investieren in Europas Jugend und das Europäische Solidaritätskorps ¹³ Eine neue europäische Agenda für Kompetenzen ¹⁴ Anerkennung von Qualifikationen und Kompetenzen, die durch nicht-formales und informelles Lernen erworben wurden ¹⁵

⁸ COR 6435/2018

⁹ COR 3950/2018

¹⁰ COR 03952/2018

¹¹ COR 6048/2017

¹² COR 3139/2017

¹³ COR 851/2017

¹⁴ COR 4094/2016

¹⁵ COR 3921/2014

	Die Bildung öffnen ¹⁶ Europäische Hochschulbildung in der Welt ¹⁷ Neue Denkansätze für die Bildung ¹⁸ Förderung einer aktiven Bürgerbeteiligung junger Menschen im Wege der Bildung ¹⁹
Konsultation des Netzes für Subsidiaritätskontrolle	—

¹⁶ COR 6183/2013

¹⁷ COR 5961/2013

¹⁸ COR 2392/2012

¹⁹ COR 173/2007